

Die Münchner Aktivitäten des Herrn „Hausmann“

„In die KPD der Bundesrepublik ist der Teufel gefahren – der Reinigungsteufel des Kreml. Sechs von den elf Landesvorsitzenden der Partei wurden in den letzten Wochen abgesetzt. Massenaustritte aus der Partei, die noch vor drei Jahren 300.000 Mitglieder zählte, und heute keine 200.000 ‘Aktivisten’ mehr umfaßt, machten es dem ehemaligen Chefredakteur des kommunistischen Zentralorgans ‘Freies Volk’ und jetzigen ‘Titoisten’, Josef Schappe, möglich, im Ruhrgebiet eine marxistische ‘Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands’ zu gründen.“ So begann ein Artikel in der *Zeit* vom 15. März 1951. Zu diesem Zeitpunkt ist der in München mit seiner Familie wohnende Otto Freitag noch ein Sympathisant der KPD, deren Versammlungen er besucht. Seinen Lebensunterhalt verdient er mehr schlecht als Recht als Vertreter auf Provisionsbasis beim Kunst-Verlag Hafner, München-Pasing. Im September des gleichen Jahres aber trennt sich der 42-Jährige von der Partei und wendet sich der Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands (UAP) zu. Der Grund: Freitag wurde vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR als Agent angeworben, tritt von nun an als „Hans Hausmann“ auf und soll von München aus die UAP ausspionieren, andere Aufträge, auch vom KGB, kommen hinzu.

Die Geschichte von Otto Freitag¹⁰³ wurde sichtbar, weil die DDR unterging und ihre Akten für die Öffentlichkeit zugänglich wurden. Es ist anzunehmen, dass sich aus den Akten der westlichen Geheimdienste ähnliche Geschichten erzählen ließen. Und die Geschichte von Otto Freitag wirft auch ein Licht auf das düstere Kapitel der linken Bewegung mit ihren Ausgrenzungen und Abgrenzungen, ideologischen Fehden und Denunzierungen, gegenseitiger Bekämpfung und Vernichtung.

Die im März 1951 gegründete UAP ist der Versuch, jenseits von KPD und SPD der antistalinistischen „heimatlosen Linken“ eine Heimat in einer dritten linken Partei in Westdeutschland zu geben und ist eine Reaktion auf die erfolgten stalinistischen „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien: „Innerhalb von zwei Jahren hatte die (westdeutsche) KPD ihre Spitzenkader nahezu komplett ausgewechselt und damit den Apparat voll auf Moskauer Kurs ausgerichtet.“¹⁰⁴ Die Mitglieder der UAP kommen aus der KPD, wie der ehemalige bayerische Landessekretär Georg Fischer, oder sind Trotzlisten, wie der in Prag geborene Wolfgang Salus, der zweieinhalb Jahre als Sekretär bei Trotzki gearbeitet hatte. Die neue Partei wird finanziell von der KP Jugoslawiens unterstützt, so kann sie die Wochenzeitung *Freie Tribüne* herausgeben und 14 hauptamtliche Funktionäre finanzieren.

Es wird die Aufgabe von Otto Freitag, diese „Titoisten“ und „Trotzkisten“ auszuspähen und zu überwachen, er nimmt Kontakt zur UAP auf und soll vor allem Verbindungen der Partei in die DDR feststellen. In kurzer Zeit gelingt es ihm, sich bis zur Ebene der bayerischen Landesleitung vorzuarbeiten. Doch die Partei existiert nur bis zum Herbst 1952 und löst sich dann wegen ideologischer Meinungsverschiedenheiten auf, der Versuch, die „heimatlose Linke“ zu sammeln, ist gescheitert. Von nun an lautet Freitags Auftrag, die westdeutschen Trotzkisten auszuspähen. Geplant wird auch die Entführung von Wolfgang Salus, Quartier für den Entführungstrupp soll die „Schellingstr. 133, 1. Treppe“ sein.¹⁰⁵ Die Pläne werden nicht ausgeführt, Salus erkrankt Ende Februar an einer Lungenentzündung und stirbt innerhalb weniger Tage. Obwohl eine Autopsie keine Hinweise auf eine Vergiftung ergeben, heißt es in einem späteren Bericht Freitags: „Salus wurde als Schädling und Verräter ausgeschaltet.“¹⁰⁶

Otto Freitag erhält neue Aufgaben. Diesmal geht es um die Beobachtung und die eventuelle Entführung von Geheimdienstchef Reinhard Gehlen, der unter dem Decknamen „Jäger“ läuft. Von Ende 1954 bis Oktober 1955 ist Freitag mit dieser Aufgabe beschäftigt, Gehlens Fahrwege von seinem Haus in Berg am Starnberger See in der Waldstraße 29 bis nach Pullach werden überwacht: „Die Abfahrt von Berg ist unregelmäßig... Sie geschieht plötzlich und fast unbemerkt... Es ist nicht möglich, Jäger mit einem Volkswagen zu folgen. Auch mit dem Mercedes schaffte ich es nicht.“¹⁰⁷ Zum Zwecke der Beobachtung erwirbt Freitag sogar ein Haus in Starnberg, Etztalstr. Nr. 87 in Oberberg für 47.000 Mark. Von hier aus lässt sich die Waldstraße 29 beobachten. Die Stasi führt das Haus unter dem Decknamen „Berghaus“. Zur geplanten Entführung von Gehlen kommt es nicht, 1955 nimmt der deutsche Bundestag diplomatische Beziehungen zu Moskau auf.

Freitag arbeitet bis 1961 weiter für die Stasi und den KGB in München und wird dann nach Ost-Berlin beordert. Seine Übersiedlung wird propagandistisch als „Flucht“ vor dem BND dargestellt. 1969 wird er pensioniert. Ab 1975 schreibt er anonyme Briefe an das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, diese Briefe bringt seine Tochter über die innerdeutsche Grenze. 1978 wird er in der DDR wegen Spionage für die Bundesrepublik angeklagt und zu neun Jahren Haft verurteilt, er wird aus der SED ausgeschlossen und seine Auszeichnungen werden ihm aberkannt. 1980 wird er vorzeitig freigelassen. Otto Freitag stirbt noch vor der Wende 1989.

Die Propaganda-Sender in München

Wer 1990 die strengen Sicherheitskontrollen am Eingang des barackenähnlichen Gebäudes von *Radio Free Europe* und *Radio Liberty* in der Münchner Öttingenstraße 67 hinter sich gebracht hatte, tauchte ein in ein buntes Sprachengewirr. Ein deutsch sprechender Pförtner kassierte die Ausweispapiere, sein Kollege murmelte auf Amerikanisch in das Telefon, im Foyer diskutierten zwei ältere Herrn lautstark auf Tschechisch, ein Wegweiser auf dem Flur wies in die bulgarische Redaktion und im Studio 1 saß ein Redakteur vor dem Mikrofon und las gerade für die Abendsendung die internationale Presseschau auf rumänisch. Damals arbeiteten noch 1000 Mitarbeiter in den Gebäuden am Englischen Garten. 1950 hatte *Radio Free Europe* als einer der größten US-amerikanischen Propagandasender Richtung Osten seinen Betrieb von München aus aufgenommen, 1973 war *Radio Liberty* hinzugekommen. Beide Sender wurden zumindest bis 1973 von der CIA finanziert und strahlten aus 21 Sendestudios rund 1000 Programmstunden pro Woche in 23 osteuropäischen Sprachen aus. 40 Mitarbeiter waren 20 Stunden am Tag damit beschäftigt, östliche Radio- und Fernsehsender aufzuzzeichnen und rund 500 Zeitungen und Zeitschriften auszuwerten. 100 Spezialisten eines Forschungszentrums für politische Analysen veröffentlichten jede Woche Berichte über die UdSSR und Osteuropa. *Radio Free Europe* und *Radio Liberty* waren Teil des Kalten Krieges und standen an vorderster Front im Krieg um den Äther. Anders als andere Auslandssender wie *Voice of America* – der aus der amerikanischen Botschaft in München sendete – oder die Deutsche Welle fungierten sie quasi als „Inlandssender“ für die einzelnen Länder des Ostblocks und versorgten die Hörer in Polen oder Rumänien mit Inlandsinformationen. 1990 war der Rote Stern über Osteuropa gesunken und die beiden Sender hatten sich sozusagen zu Tode gesiegt, der Sendebetrieb aus der Öttingenstraße wurde 1995 eingestellt, man zog nach Prag um. Heute sind die Gebäude Teil der Münchner Universität.

Radio Free Europe war immer schon eng mit US-Geheimdiensten verknüpft und als Spionage- und Propagandaeinrichtung das Ziel anderer Geheimdienste, vor allem auch aus dem damaligen Ostblock, was zu regelmäßigen Schlagzeilen über dubiose Ereignisse führte. 1981 explodierte eine Bombe vor dem Sender und richtete Sachschaden an, 1982 wurde ein Exilrumäne von Messerstechern schwer verletzt, 1989 gab es ein Gerücht, dass Mitarbeiter der rumänischen Abteilung, die alle an Krebs verstarben, Opfer der *Securitate* – des rumänischen Geheimdienstes – wären.

München – Stadt der (rechtsgerichteten) Emigranten

München war in den 1950er und 1960er Jahren auch eine Hochburg für Flüchtlinge und Emigranten aus Osteuropa, die unter anderem bei den beiden US-Sendern Arbeit fanden. Viele Exilorganisationen waren antikommunistisch ausgerichtet und erfreuten sich so der finanziellen Unterstützung durch die Amerikaner, auch schien für diese Gruppen München ein sichereres Pflaster als Berlin. So tauchten hier im Ostblock als Kriegsverbrecher gesuchte Personen unter. Daneben hatten viele Hilfsorganisationen ihren Sitz in München und waren Anlaufstelle für Flüchtlinge und „displaced persons“, die etwa auf eine Ausreise in die USA hofften.

1955 ging man von 100.000 bis 120.000 rechtsgerichteten Emigranten in der Bundesrepublik aus. 80.000 davon lebten in Bayern und davon die meisten wiederum in München.¹⁰⁸ In der Stadt gab es an die 35 Exilregierungen, die den Umsturz in ihren Heimatländern betrieben und dabei auf die Gunst der US-Geheimdienste und die damit verbundene finanzielle Unterstützung hofften. Die Liste der Exilorganisationen reichte vom *Aserbeidschanischen Nationalen Zentrum* über den *Neuen Kampf Bund für die Unabhängigkeit Idel-Urals* und dem *Bund der antikommunistischen General-Korniloff-Armee* bis zur *Vereinigung der ungarischen Frontkämpfer*.

Eine der größeren osteuropäischen Emigrantengruppen bildeten die Ukrainer. Die Ukraine erlebte 1918 nach langer Zugehörigkeit zum russischen Zarenreich eine kurze Phase der staatlichen Eigenständigkeit, bis sich im Gefolge der siegreichen Roten Armee eine sozialistische Republik gründete, die 1919 der Sowjetunion beitrug. Eine erste Welle von Emigranten verließ das Land, von denen sich viele in München niederließen. Zu ihnen gehörte der Kosakenführer Ivan Poltaveev von Ostranytza, der hier in den 1920er Jahren den „Kosakischen Nationalrat“ gründete und die Zeitung *Ukrainischer Kosak* herausgab. Seine Stunde kam nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941, er kommandierte auf Seiten der Deutschen ein Kosakenkorps aus Kriegsgefangenen. Nach dem Sieg der Sowjetunion 1945 kehrte er nach München zurück, die Stadt entwickelte sich zu „einem Zentrum der ukrainischen Emigration in Deutschland“.¹⁰⁹ Zahlreiche Exil-Organisationen nahmen hier ihren Sitz, darunter der *Anti-bolschewistische Block der Nationen*, die *Ukrainische Exilregierung*, der *Ukrainische Oberste Befreiungsrat*, der *Verband der kriegsgeschädigten Ukrainer*.

Zu den Exilanten gehörte auch Stefan Bandera, der 1939 mit Hilfe der Deutschen die faschistische *Organisation Ukrainischer Nationalisten* grün-

dete. Der Nazi-Kollaborateur stellte eine ukrainische Einheit „Nachtigall“ auf, die mit der Wehrmacht 1941 in Lemberg einmarschierte. Was folgte, war der Massenmord an Juden. Bandera, der 1945 von der Sowjetunion als Kriegsverbrecher gesucht wurde, tauchte 1946 als Stephan Popel in München unter. 1959 starb Bandera in der Kreittmayr Straße 7 im Treppenhaus an einer Zyankalivergiftung. Im April 1958 erschütterte eine Explosion das Haus in der Zeppelinstraße 67, ein Zentrum ukrainischer Exilorganisationen, in der Druckerei wurden antisowjetische Schriften hergestellt.

München war nach dem Sieg der jugoslawischen Kommunisten auch der Fluchtpunkt vieler Emigranten aus dem Balkan und diese setzten hier ihre Auseinandersetzungen fort, ein „Pulverfass“, wie die *Süddeutsche Zeitung* im Juni 1955 schrieb. Im Oktober 1968 wurden im Haus Paul-Heyse-Straße 25 drei Exilkroaten ermordet. Darunter Mila Rukorina, Führer der exilkroatischen Faschisten in Westdeutschland und wegen Massenmords an Serben während des Zweiten Weltkrieges gesucht. 1969 wurde am Hasenberg der serbische Monarchist Ratko Obradovic ermordet. 1972 wurde auf das jugoslawische Generalkonsulat am Böhmerwaldplatz 2 ein Bombenanschlag verübt. „Die meisten dieser Verbrechen blieben im Dunkel des Untergrundkampfes unaufgeklärt“, so das Fazit des München-Historikers Benedikt Weyerer.¹¹⁰

Eine spezielle Exilgruppe bildeten 1955 die rund eintausend Muslime in München. Viele von ihnen hatten ebenfalls im Krieg auf deutscher Seite gekämpft. So existierte eine „Ostmuselmanische SS-Division“, die sich aus Angehörigen der Turkvölker zusammensetzte und gegen Stalin kämpfen sollte – eine „bizarre Fußnote in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges“.¹¹¹ Im Zuge des Kalten Krieges begannen sich auch die USA und später bundesdeutsche Behörden für die ehemaligen Freiwilligen der kleinen islamischen Gemeinde zu interessieren. Im März 1973 erfolgte die Einweihung einer Moschee an der Wallnerstraße 1, weit draußen im Norden an der Stadtgrenze und in unmittelbarer Nähe zum Müllberg und zur Kläranlage, Libyens Revolutionsführer Muamar Gaddafi hatte dazu 1,6 Millionen Mark gespendet. Damit wurde München zu einem „Zentrum des politischen Islam in Deutschland und Europa“¹¹² und geriet in das Visier von CIA, KGB, Stasi und arabischen Agenten. Im Januar 1982 explodierte vor der Moschee eine Bombe, auch diese Tat blieb unaufgeklärt.

Mit Dampferzeuger und Bügeleisen – München als Schauplatz illegaler Postüberwachung in den 1950er Jahren

Der Stein des Anstoßes waren die „Mitteilungen des pädagogischen Kabinetts Berlin“, eine Einrichtung zur Weiterbildung von Lehrern. Die hätte Martin Deckart, Studienrat in Rente aus Bad Tölz, gerne gelesen. Ging aber nicht, weil das dortige Amtsgericht die Hefte beschlagnahmt hatte. Der Grund: Es handele sich nicht um „sachliche, pädagogische Fachschriften“, sondern der Inhalt sei „eindeutig hetzerisch im Sinne der sowjetzonalen SED-Politik“. Gegen den Herrn Studienrat wurde auch noch gleich ein Strafverfahren eingeleitet, später aber wieder eingestellt. Wir schreiben das Jahr 1955 und die Postzensur durch die Behörde ist ebenso illegal wie weitverbreitet. Dass das Thema Überwachung „kein Alleinstellungsmerkmal der DDR mehr ist“, sondern auch in der Bundesrepublik flächendeckend und ungesetzlich betrieben wurde, das ist die Kernaussage des Historikers Josef Foschepoth von der Universität Freiburg in seinem Buch *Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik*.¹¹³

München, Arnulfstraße 60. Heute befindet sich in dem mächtigen Gebäude entlang der Eisenbahntrasse zum Hauptbahnhof das *Art Deco Palais*, ein „in warmen Gelbtönen gehaltener Bürokomplex“. Früher befand sich hier die „grau-grün verputzte“ Oberpostdirektion, zusammen mit dem Telegraphen- und dem Fernsprechamt. Der Behördenbau umfasste 40.000 Quadratmeter Grundfläche, fünf Innenhöfen und 530 Räume.

Bis 1968 hatten einige dieser Räume eine besondere Funktion: Auf 296,25 Quadratmetern in zehn Räumen zuzüglich eines Flurs und Toilette war hier die geheime US-amerikanische Überwachungsstelle untergebracht. Es war die zweitgrößte alliierte Überwachungsstelle in Räumen der Bundespost überhaupt.

Was geschah dort? Eine strategische Postzensur der Besatzungsmächte, bei der zum Beispiel allein 1960 rund 4,6 Millionen Briefsendungen aussortiert wurden. Millionenfach wurden also Briefe aus dem Verkehr gezogen, geöffnet, ausgewertet und danach wieder in den Postverkehr gebracht. Auch Einzelpersonen wurden gezielt überwacht, 1958 betraf das 2077 Personen. Dabei musste aus Tarnungsgründen gleich die gesamte Post von Häusergruppen durchsucht werden. Auch die Post der Bonner Bundesregierung und der Bundestagsabgeordneten unterlag dieser Überwachung.

Außerdem wurden millionenfach Telefonleitungen, Fernschreiber und der Telegraphenverkehr überwacht.

Da dies nach dem Grundgesetz illegal war, schufen die drei Besatzungsmächte in Westdeutschland per Verordnung die entsprechenden Voraussetzungen: Ab 1950 war die Einfuhr von Veröffentlichungen, die die Sicherheit der alliierten Streitkräfte gefährdeten, verboten. Dies war die Formel, so der Historiker Foschepoth, für den Aufbau eines „umfangreichen Überwachungs- und Geheimdienstapparates im westlichen Teil Deutschlands durch die westlichen Siegermächte. Und zugleich die Formel, mit der diese Überwachung vor der Öffentlichkeit, den Parlamenten und Gerichten verschleiert werden konnte. Bis 1968, so Foschepoth, lassen sich 28 Überwachungsstellen der Amerikaner, Briten und Franzosen nachweisen, wobei die Amerikaner über elf Außenstellen, sieben Nebenstellen und eine Zentrale in Oberursel verfügten. Die größte Überwachungsstelle war das Postscheckamt Nürnberg mit 21 Räumen und 480 Quadratmetern, gefolgt von München.

Dort – und anderswo – blieben in den 1950er Jahren aber auch die deutschen Beamten der Bundespost nicht untätig. Trotz ihres Eides, das Postgeheimnis zu wahren, wurden regelmäßig in den Postämtern Briefsendungen aus der DDR und dem Ostblock geöffnet, „ausgesondert“ und „vernichtet“, wie es damals immer noch nach Nazi-Jargon klingend hieß. Im September 1951 verfügte der damalige Bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (CSU), dass alle Amtsangehörigen Postsendungen aus der SBZ, den deutschen Ostgebieten und allen „Oststaaten“ abzuliefern hätten, sofern sie Propaganda enthielten. Was Propaganda war, wurde nicht definiert. Die abgelieferten Postsendungen waren „durch Mittelstellen zu vernichten“. Dies geschah an Ort und Stelle durch Verbrennen. Foschepoth: „So dürfte in den ersten Jahren der Bundesrepublik so manches Feuer entlang der Zonengrenze von der örtlichen Polizei angezündet worden sein.“

Erst als das Bundesjustizministerium die Meinung vertrat, dass das Material als Beweismittel für strafrechtliche Verfolgung nützlich sei, wurden die „staatsgefährdenden“ Postsendungen der Justiz übergeben. Jetzt entschied der Staatsanwalt über die Vernichtung. So berichtete das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, dass allein durch die Staatsanwaltschaft München I im Jahr 1958 achteinhalb Tonnen staatsgefährdender Schriften – vor allem aus der „Sowjetischen Besatzungszone“, also der DDR – eingestampft worden waren. Der größte Brief-Schredder in Westdeutschland stand in Hannover und war aus Tarnungsgründen im Keller des örtlichen Gefängnisses untergebracht, um die Vernichtung geheim zu halten. Dort



Broschüre von 1947.

landeten 55 Prozent der aussortierten Briefsendungen, darunter nicht nur „Propagandamaterial“, sondern wohl auch jährlich bis zu 96.000 private Briefe allein aus der DDR. Ab 1965 wurde sämtliche aus der DDR eingehende Post über vier zentrale Aussonderungsstellen in Hamburg, Hannover, Bad Hersfeld und Hof überwacht und kontrolliert.

Wie war das mit dem Grundrecht des Briefgeheimnisses vereinbar? Gar nicht. „In der Bundesrepublik Deutschland gab es eine Überwachungspraxis, die den verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen klar und eindeutig widersprach“, so das Fazit von Foschepoth. Um die illegale Praxis zu legitimieren, wurde gleichsam um das Grundgesetz herum durch Anweisungen, Verordnungen und „kühne Interpretationen“ bestehender Gesetze ein Rechtsrahmen gezimmert. Dazu gehörte das sogenannte „Fünf-Broschüren-Urteil“ des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe vom 8. April 1952. „Angeklagt“ waren fünf Broschüren, die sich gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, für eine Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages aussprachen. Derartige Broschüren wurden 1951 im Auftrag der SED millionenfach gedruckt und in die Bundesrepublik versandt. Freilich, auch die Bundesregierung hielt sich in Sachen Propaganda keineswegs zurück, sondern druckte ihrerseits fleißig Broschüren und Flugblätter, 10,4 Millionen Druckschriften allein im Frühjahr 1951.

Das Karlsruher Gericht entschied jedenfalls, die fünf Broschüren aus der DDR seien „zur Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens gegen die Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Sie werden eingezogen“. Dieses Urteil, dessen Begründung nie veröffentlicht wurde, sollte ein paar Jahre später zur Legitimation der „Hexenprozesse“, wie die *Süddeutsche Zeitung* damals schrieb, dienen. Gemeint waren die Prozesse um das Verbot der KPD.

Die faktisch nicht bestehende Rechtsgrundlage für die flächendeckende Überwachung endete 1968 mit dem sogenannten G-10-Gesetz. Damit wurde die Überwachung des Post- und Telefonverkehrs auf die westdeutschen Nachrichtendienste des Verfassungsschutzes, BND und MAD übertragen. In 20 Städten der Bundesrepublik wurden insgesamt 25 Überwachungsstellen eingerichtet, zur Grundausstattung gehörte ein Dampferzeuger, ein Bügeleisen, ein Fotoapparat, ein Blitzgerät, ein Koffer und ein Dienstwagen. Die Telefonüberwachung fand aus Kostengründen möglichst in der Nähe der Postämter statt. „Jetzt war gesetzlich geregelt“, schreibt der Historiker, was bisher schon ohne Legitimation gang und gäbe war. Sein Fazit: „So viel Macht und Möglichkeiten zur politischen Überwachung der eigenen

Bevölkerung wie ab 1968 hatte es in der Hand der Deutschen seit dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland nicht gegeben.“ Abschließend kommt Foschepoth zu der Frage: „Worin bestand der Unterschied zwischen einer gesetzes- und verfassungswidrigen Handhabung der Post- und Fernmeldeüberwachung in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik und einem ‘Unrechtsstaat’ wie der DDR, die beide den Schutz des Post- und Fernmeldegeheimnisses in ihre Verfassung geschrieben hatten?“

Die Geschichte von Kongo-Müller

Ein spezielles Licht auf die politischen Verhältnisse der 1960er Jahre wirft eine Episode, die sich im November 1965 in den Münchner ARRI-Studios zugetragen hat. Die beiden DDR-Filmemacher Walter Heynowski und Gerhard Scheumann interviewten – sich als „deutsches“ Filmteam ausgehend – den berüchtigten Söldner Siegfried Müller über seine Kriegererlebnisse im Kongo. Daraus entstand der entlarvende Dokumentarfilm *Der lachende Mann – Bekenntnisse eines Mörders*. Der Film wurde im DDR-Fernsehen ausgestrahlt. In der Bundesrepublik hingegen wurde er verboten – von einem obskuren „Interministeriellen Ausschuss für Ost/West-Filmfragen“. „Eine Zensur findet nicht statt“, heißt es bekanntlich im Grundgesetz – das galt damals allerdings nicht für Filme aus dem Ostblock.

Siegfried Müller alias Kongo-Müller war in den 1960er Jahren einer der vielen deutschen Söldner, die sich auf den Schlachtfeldern der Kolonialkriege ihr Geld verdienten. Der damals 44-jährige Müller hatte im Zweiten Weltkrieg an der Ostfront gekämpft („Eisernes Kreuz 1. Klasse“) und kam nach einer Verwundung 1945 in einem hessischen Feldlazarett in amerikanische Gefangenschaft, aus der er 1947 entlassen wurde. Bis 1956 diente Müller dann als Offizier in den sogenannten Amerikanischen Dienstgruppen, die auf amerikanischen Militärflugplätzen eingesetzt wurden. Schließlich tauchte Müller im August 1964 als Söldner im Kongo auf, um den Aufstand der Simbas niederzuschlagen. Die „Republik Kongo“ war 1960 aus der belgischen Kolonie hervorgegangen und wurde zum Spielball der Interventionen von den USA, Belgien und der Sowjetunion. 1964 gründete eine von China und der Sowjetunion unterstützte Rebellengruppe um die Stadt Stanleyville (heute: Kisangani) die „Volksrepublik Kongo“, die Zentralregierung unter Moïse Tschombe setzte bei der Bekämpfung der Rebellen auf Söldner, unter ihnen Siegfried Müller, der als Hauptmann ein Kommando befehligte. „Das kongolesische Uran, das kongolesische

Kupfer, das kongolesische Gold und die anderen Bodenschätze des reichen afrikanischen Staates drohten endgültig den Händen der internationalen Monopole zu entgleiten. Da hoben diese den Lumumba-Mörder Moise Tschombe in den Sattel.“¹¹⁴

Müller wurde in Deutschland bekannt, als der *Stern*-Journalist Gerd Heidemann (der später mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern für Aufsehen sorgte) ihn im Kongo aufsuchte und der Stern vom November 1964 eine mehrteilige Reportage über ihn brachte. Eines der Fotos zeigt einen Jeep der Müllertruppe, dekoriert mit Knochen und Totenschädel. Andere Medien wie der *Spiegel*, *Quick* und *Revue* folgten. So wurden die beiden DDR-Filmer auf „Kongo-Müller“ aufmerksam und beschlossen, über ihn und mit ihm einen Dokumentarfilm zu drehen, in dem sich der Söldner selbst entlarven sollte. Die Vorbereitungen dazu dauerten ein Jahr.

Müller kam zwischendurch immer wieder aus dem Kongo nach Frankfurt, seinem Wohnort in Deutschland. Die Filmemacher boten ihm 10.000 Mark an und ließen ihn in dem Glauben, sie seien ein westdeutsches Filmteam. Ein erstes Treffen fand in einem Nobelrestaurant in München statt, seine Ehefrau war auch anwesend. „Wir sagten zu Müller: ‘Wir möchten gerne ein Portrait über Sie machen.’ Das hat ihn natürlich sehr gereizt.“¹¹⁵ Bei Rehrücken, Lachs und Austern wurden die Einzelheiten besprochen. Man verabredete sich für den 10. September 1965. An diesem kalten Donnerstag hatten die DDR-Filmer ein Studio bei ARRI in Schwabing gemietet, die Ehefrau von Müller wurde mit einer Karte für das Musical *My fair Lady* aus der Schussbahn gebracht. Im Studio brachten die Filmer den Söldner sogar dazu, seine Kampfuniform anzuziehen. „Faszinierend war: Als der Mann plötzlich in Uniform mit den Fallschirmspringer-Stiefeln aus dem anderen Zimmer kam, wurde er ein ganz anderer Mensch.“¹¹⁶ Das Interview dauerte vier Stunden. Müller leerte dabei eine Flasche Pernod, Gerhard Scheumann, der Interviewer, eine Flasche Cognac der Marke *Bisquit*. Der „Klassenkampf“ fand also durchaus auf Augenhöhe statt, was den Alkoholpegel anbelangte. In dem Interview entlarvt der durchaus gebildete und eloquente, meist lächelnde und schließlich lallende Müller sich selbst: „Sehen Sie, ich bin gegen das Abschießen von Negern ... wir kämpfen in Afrika für Europa ... weil er ein Rebell ist, wird er getötet ... da waren hunderte Tote ... kämpfe nicht für mich, sondern für die Freiheit.“¹¹⁷ Der Film *Der lachende Mann* wurde erstmals am 9. Februar 1966 im DDR-Fernsehen ausgestrahlt.

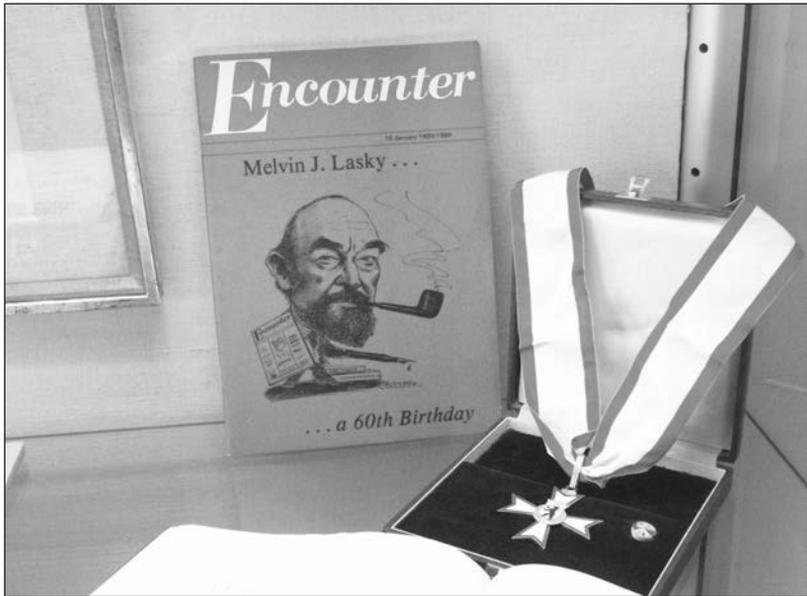
In der Bundesrepublik durfte der Film nicht gezeigt werden. Die politische Zensur fand statt durch einen ominösen „Interkulturellen Aus-

schuss für Ost/West-Filmfragen“, der im Januar 1953 unter anderem vom Auswärtigen Amt, dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Bundesinnenministerium und dem Verfassungsschutz gegründet worden war. Der Ausschuss hatte die Aufgabe, jene Filme auszulesen und den Import zu verbieten, die nicht „politisch einwandfrei“ waren. Verboten wurden zum Beispiel 1954 Wolfgang Staudtes Verfilmung von Heinrich Manns *Der Untertan*, das Defa-Märchen *Das tapfere Schneiderlein* oder eben die Filme von Heynowski und Scheumann. Auch hier gab es für die Zensur zunächst keine rechtliche Grundlage, die wurde erst 1961 mit dem „Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote“ geschaffen, kontrolliert und zensiert wurden ausschließlich Filme aus Ostblockstaaten. Nach einer Klage beim Bundesverfassungsgericht stellte der Ausschuss – ein unbekannter, gesichtsloser und im Verborgenen tagender Zirkel – 1972 seine Tätigkeit ein. Er hatte zwischen 1953 und 1967, als sich die Klage abzeichnete, mehr als 3000 Filme gesichtet und rund 130 verboten.

Kalter Krieg: Lasky-Center in München eröffnet

Der Kampf der Ideen hat – wer hätt’s gedacht – auch eine materielle Seite: Auch Dichter, Denker und Journalisten brauchen Unterhosen, essen lieber Schnitzel als Runkelrüben und auch eine Zeitschrift, in der die Ideen publiziert werden können, kostet Geld. Ohne letzteres tut sich so mancher Gedanke eben schwer, an das Licht der Öffentlichkeit zu treten. Im Europa der 1950er wandte sich auch der amerikanische Geheimdienst CIA diesem an und für sich materialistischen Gedanken zu und finanzierte den „Kongress für kulturelle Freiheit“, der die Aufgabe hatte, europäische Intellektuelle an sich zu binden – ein antikommunistisches und antisowjetisches Bollwerk an der Kulturfront des Kalten Krieges. Zu diesem Zwecke finanzierte die CIA schließlich auch diverse Zeitschriften – in Deutschland *Der Monat*, in Frankreich *Preuves*, in England den *Encounter*.

Eine zentrale Figur in diesem Krieg um Herzen und Hirne war Melvin Lasky (1920–2004) – „Mel“ wie ihn familiär der TV-Journalist Peter Merseburger, früher bekannt aus Funk und Fernsehen, nannte. „Ob der CIA ihm Geld gegeben hat oder nicht, ist für mich völlig egal, wichtig ist die Wirkung“, meinte der frühere *Panorama*-Redakteur im Oktober 2010 im Amerika-Haus in München. „Eben“, meinte Michael Naumann, Staatsminister a.D. und Chefredakteur der Zeitschrift *Cicero*, der auch da war, „der junge DGB, die Berliner SPD und Willy Brandt“ seien ja auch vom CIA finanziert worden. 1967 freilich, als bekannt wurde, dass sowohl der



Die Lasky-Ausstellung 2010 im Münchner Amerika-Haus.

„Kongress für kulturelle Freiheit“ als auch Zeitschriften wie *Encounter* vom amerikanischen Geheimdienst finanziert wurden, war die Reaktion etwas ungehaltener: Manche Leser und Autoren fühlten sich betrogen und warfen der Redaktion vor, sich zum Zwecke amerikanischer Propaganda instrumentalisieren zu lassen. „Bis zu seinem Tod 2004 haftete Laskys Ruf ... ein gewisser Makel an“, so der Historiker Hugh Wilford.

Melvin Lasky also, aufgewachsen im jüdischen Milieu der New Yorker Bronx, kam 1945 als US-Soldat nach Deutschland, arbeitete später als Journalist und wurde als Redakteur des *Monats* und später *Encounters* zu einer zentralen Figur des Kulturkampfes im Kalten Krieg. Ein Mann, der sich vom „engagierten Trotzisten“ zum „eisernen Antikommunisten und Kulturkrieger“ wandelte, der als Redakteur des *Monats* – „zweifelloso ein Organ der amerikanischen Propaganda“ – für dessen „hohes Niveau“ sorgte, wodurch er ebenso wie später als Redakteur des *Encounter* selbst finanziell versorgt war.

Lasky agierte also in einem Netzwerk der Macht und diese strukturelle Position schlug sich ebenso wie der Sieg im Kalten Krieg nieder: In

Form der Gründung eines *Lasky Centers for Transatlantic Studies* an der Münchner Universität. Darin ist der Nachlass von Lasky eingebracht, seine umfangreiche Bibliothek mit Anmerkungen und seine Korrespondenz. Das Center beschäftigt mehrere wissenschaftliche Mitarbeiter und ist mit Geldern der Universität ausgestattet – die Position im Felde der Mächtigen spiegelt sich auch in der akademischen Landnahme wieder. Zur Gründung des Lasky-Centers wurde im Amerika-Haus eine kleine Ausstellung *Cold War Politics – Melvin J. Lasky: New York – Berlin – London* eröffnet.

Diese Ausstellung war ungefähr zwei Kilometer Luftlinie von der Münchner Kaulbachstraße entfernt, in der Richard Hiepe in den 1960er Jahren eine Ladengalerie eröffnet hatte. Hiepe (1930–1998) war nicht nur ein Zeitgenosse Laskys, sondern auch politischer Gegenpart. Als Redakteur der Zeitschrift *tendenzen* ging es ihm um eine Kunst von unten, um die Kunst des Widerstandes und des Antifaschismus. Als Mentor unterstützte und begleitete er die Neugründung einer zweiten deutschen *Arbeiterfotografie*¹¹⁸ in den 1970er Jahren, er war Autor von mehreren Büchern zur Kunstgeschichte und Dozent an verschiedenen Hochschulen. Mit Lasky hatte er eine kämpferische Intellektualität gemeinsam und die mehr oder weniger verdeckte Finanzierung seiner Zeitschrift durch Geldgeber – in diesem Falle Ostberlin. Hiepe war Mitglied der DKP und vertrat politisch die Position der SED. Von Lasky trennte ihn die Position im Macht- und Versorgungsgefüge: Dem Kommunisten Hiepe blieb eine Professur verwehrt, ebenso wie materielle Absicherung.

Lasky und Hiepe stehen für die entgegengesetzten Seiten der Kulturfront im Kalten Krieg, in dem sich die intellektuellen Auseinandersetzungen nicht zuletzt über verdeckte Finanzierungen durch die beiden Machtblöcke organisierte. Angemessen wäre eine ganzheitliche historische Aufarbeitung dieser Zeit. So wartet der Nachlass von Hiepe – 3,7 laufende Meter im Archiv der Akademie der Künste in Berlin – noch seiner Sichtung.